

Antrag

der Abg. Volker Schebesta u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Europa-Distrikt

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie die Landesregierung zur Schaffung eines Europa-Distrikts am Oberrhein mit der Stadt Strasbourg, der Stadtgemeinschaft Strasbourg und deutschen Kommunen steht,
2. ob und wie schon heute Verwaltungsaufgaben der Stadt Strasbourg, der Stadtgemeinschaft Strasbourg sowie Kommunen im Landkreis Ortenaukreis grenzüberschreitend erledigt werden und welche einheitliche Regelungen in diesem Raum bereits bestehen, etwa im Bereich der Raumplanung, des öffentlichen Personennahverkehrs und der Bürgerinformation,
3. welche Schlussfolgerungen daraus sowie aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg, seiner Kommunen und seinen Nachbarn insgesamt für die Schaffung eines Europa-Distrikts am Oberrhein zu ziehen sind im Hinblick auf dessen räumliche Ausdehnung, inhaltliche Ansätze für eine noch engere Zusammenarbeit und weitere Eurodistrikte.

11. 02. 2003

Schebesta, Pauli, Dr. Schüle, Lazarus,
Hoffmann, Alfred Haas CDU

Begründung

In der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des Präsidenten der Französischen Republik zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags ist zur regionalen und interregionalen Zusammenarbeit folgende Formulierung enthalten:

„24. Ebenso wünschen wir eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften, um das Entstehen neuer Verbindungen, insbesondere zwischen Bundesländern und französischen Regionen, ebenso wie die Fortentwicklung einer interregionalen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden zu begünstigen. Wir unterstützen die Schaffung eines Eurodistrikts Straßburg-Kehl mit guter Verkehrsanbindung, um neue Formen der Kooperation zu erforschen und europäische Institutionen aufzunehmen, und rufen zur Schaffung weiterer Eurodistrikte auf.“

Seit über zehn Jahren gibt es die Idee eines Europa-Distrikts. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Baden und Elsass sowie an Hochrhein und Bodensee ist vielfältig. Viele Erfahrungen hieraus sollten für die Schaffung eines Europa-Distrikts genutzt werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 3. März 2003 Nr. V-0147.OBE nimmt das Staatsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Zu Ziff. 1:

Die Landesregierung steht dem Vorhaben „Eurodistrikt Straßburg-Ortenau“ positiv gegenüber und wird es aktiv unterstützen.

Das Projekt entspricht dem – von Baden-Württemberg geteilten – gemeinsamen Wunsch Deutschlands und Frankreichs, die erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein zu vertiefen, sowie die bestehenden Kooperationsstrukturen weiter zu verbessern und auszubauen. Die konkrete Ausformung ist derzeit Gegenstand von Gesprächen der verschiedenen Ebenen in beiden Ländern. Die Vorschläge aus beiden Staaten sollen in einem zweiten Schritt grenzüberschreitend zusammengeführt werden.

Die zuständigen Stellen des Landes ihrerseits, insbesondere das Staatsministerium und das Regierungspräsidium Freiburg, haben mit den kommunalen Gebietskörperschaften in der Ortenau Gespräche zur inhaltlichen Ausgestaltung des Vorhabens eingeleitet. Nach dem bisherigen Stand auf deutscher Seite soll mit dem Eurodistrikt ein eigenständiger Verflechtungsraum mit Vorbildfunktion für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insgesamt entstehen. Überregulierungen sollen abgebaut, substantielle Hemmnisse zu Gunsten der Bürger in der Grenzregion beseitigt werden. Gleichzeitig soll der Standort Straßburg als Sitz des Europaparlaments und der übrigen europäischen Einrichtungen gesichert werden.

Zu Ziff. 2:

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein wurde seit Beginn der 90er Jahre erheblich intensiviert. Der dem Landtag jährlich vorgelegte Europabericht, zuletzt Landtagsdrucksache 13/1141, gibt hierüber in ausführlicher Darstellung Auskunft. Speziell im Raum Straßburg/Ortenau konnte ei-

ne Vielzahl von gemeinsamen Projekten verwirklicht bzw. angesiedelt werden, großenteils mit Hilfe der INTERREG-Initiative der EU-Kommission (INTERREG-Programmgebiet Oberrhein Mitte-Süd).

Diese Projekte zielen einerseits auf den direkten Dienst für die Bürger auf beiden Seiten des Rheins, andererseits auf eine zwischen den Partnern abgestimmte Raumplanung. Die hierfür gewählten Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit umfassen sowohl die Schaffung gemeinsamer Strukturen (teilweise mit eigener Rechtspersönlichkeit) als auch die Durchführung einzelner Projekte vor Ort.

Sie haben jedoch bisher nicht zur gemeinsamen Erledigung von Verwaltungsaufgaben im Sinne der Abgabe von Hoheitsrechten bzw. Aufgaben von Gebietskörperschaften an eine grenzüberschreitende Struktur oder zur Schaffung einheitlicher Regelungen geführt.

Zu den gemeinsamen Strukturen am Oberrhein zählen insbesondere die Deutsch-Französisch-Schweizerische Oberrheinkonferenz als Haupt- und Koordinationsgremium für die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit der staatlichen Exekutive am Oberrhein, der Oberrheinrat als das die Aktivitäten der Oberrheinkonferenz begleitende Beratungs- und Koordinierungsorgan auf legislativer Ebene und seit 1999 die grenzüberschreitende Arbeitsgemeinschaft Centre als weitere teilträumliche Interessensvertretung auf kommunaler Ebene (beteiligt sind auf deutscher Seite der Ortenaukreis und der Landkreis Emmendingen und auf französischer Seite das Département du Bas-Rhin, die Straßburger Stadtgemeinschaft Communauté Urbaine de Strasbourg CUS und die Région Alsace).

Des Weiteren wurde im Jahre 1998 speziell eine gemeinsame Kommission Kehl/Straßburg eingesetzt, in der sich Gemeinderäte und Fachbeamte unter dem gemeinsamen Vorsitz der Oberbürgermeister von Kehl und Straßburg regelmäßig über aktuelle und beide Seiten betreffende Fragen austauschen.

Zu den auf den unmittelbaren Dienst am Bürger zielenden Projekten zählt die Schaffung mehrerer grenzüberschreitender, von verschiedenen deutschen und französischen Partnern getragenen Stellen wie die INFOBEST Kehl/Straßburg, EURO-INFO-Verbraucher bzw. die mit ihr verbundene deutsche „Clearing-Stelle“ im Verbraucherschutz. Die Stellen dienen u.a. der Beratung und Information in grenzüberschreitenden Fragen.

Im Rahmen der Raumplanung ist die Erarbeitung des Weißbuchs Straßburg/Ortenau zu nennen, welches im Herbst 2003 fertig gestellt werden wird. Auch dieses Projekt wurde durch INTERREG kofinanziert. Träger sind der Ortenaukreis, die Städte Offenburg, Kehl, Lahr und Achern, der Regionalverband Südlicher Oberrhein, der französische Staat, die Région Alsace, das Département du Bas-Rhin und das Syndicat Mixte pour la révision du Schéma Directeur de la région de Strasbourg. Der letztgenannte Partner wird seinen neuen Regionalplan (SCOTERS) in Abstimmung mit dem deutschen Raumordnungsplan und unter Berücksichtigung des Weißbuchs erstellen.

In dem Weißbuch werden eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Aktionsfeldern angesprochen, die von der Raumordnung, der Zusammenarbeit im Hinblick auf den Öffentlichen Personennahverkehr und die Verknüpfung der Hochgeschwindigkeitszüge ICE/TGV, über Projekte wie die grenzüberschreitende Landesgartenschau und die Mimram-Brücke bis hin zur „Plattform Kehl“ und einem Experimentierfeld für eine grenzüberschreitende Stadtregion reichen. Auch diese Vorhaben richten sich aber noch weniger auf die Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen als vielmehr auf die verstärkte

projektbezogene Zusammenarbeit zwischen den deutschen und französischen Partnern.

Schließlich werden bedeutende grenzüberschreitende Projekte zwischen der Stadt bzw. Stadtgemeinschaft Straßburg und einzelnen deutschen Kommunen im Landkreis Ortenau realisiert. Hier sind zuletzt insbesondere der Mitarbeiteraustausch mit der Stadt Offenburg (für bestimmte Fachgebiete und in Querschnittsbereichen, auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung vom Januar 2003) sowie die grenzüberschreitende Landesgartenschau/“Jardin des deux rives“ in Kehl/Strasbourg zu nennen. Letztere wird sich von April bis Oktober 2004 erstrecken, die Organisation liegt in Händen einer GmbH.

Zu Ziff. 3:

Mit seiner Lage im geografischen Zentrum des Oberrheins verfügt der Raum rund um Straßburg bereits heute über ein großes Erfahrungspotenzial und moderne grenzübergreifende Strukturen für den regionalen und überregionalen Bereich (Sitz des Gemeinsamen Sekretariats der Oberrheinkonferenz; Sitz des deutsch-französischen Euro-Instituts für die öffentliche Verwaltung; Sitz des deutsch-französischen Zentrums für Polizei- und Zollzusammenarbeit). Diesen Vorsprung gilt es weiter auszubauen und durch die innovative Entwicklung grenzüberschreitender Kooperationsformen zu konkretisieren.

Die räumliche Ausdehnung des Eurodistrikts könnte sich deshalb am Einzugsgebiet des o.g. Weißbuchs Strasbourg/Ortenau orientieren.

Die Frage der inhaltlichen Ansätze und des rechtlichen Rahmens ist in den kommenden Monaten unter Beteiligung der Ministerien des Landes und in enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt zu klären. Es kann aber bereits heute davon ausgegangen werden, dass die Bereiche Verkehr, Öffentliche Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Bildung und Kultur im Vordergrund stehen werden. Von besonderer Bedeutung ist die angestrebte Verknüpfung der Hochgeschwindigkeitsnetze der Eisenbahnen (TGV/ICE) im Jahre 2006.

Bei der Realisierung des Vorhabens muss das Karlsruher Übereinkommen, das insbesondere den Kommunen unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit bietet, grenzüberschreitende Zweckverbände zu bilden, noch intensiver genutzt werden. Es wird darüber hinaus zu prüfen sein, ob die gesetzlichen Grundlagen und dieses Abkommen ergänzt werden müssen, um darüber hinaus die Übertragung von Hoheitsrechten auf solche Zweckverbände oder ausländische Behörden zu ermöglichen.

Die deutsche und die französische Regierung haben ausdrücklich zur Schaffung weiterer Eurodistrikte aufgerufen. Hierfür würden sich andere grenzüberschreitende Kooperationsräume z.B. rund um Karlsruhe, Freiburg/Breisach/Colmar, Neuenburg/Chalampé sowie Weil am Rhein/Lörrach/Basel/Hünningen eignen. Die Erfahrungen aus dem gegenwärtigen Projekt eines Eurodistriktes Straßburg–Ortenau sollten dann maßgebend sein.

Dr. Palmer
Minister des Staatsministeriums
und für europäische Angelegenheiten